

Neu-Köllnisch

DIE LINKE.
Bezirksverband Neukölln

LINKES INFORMATIONS- UND DISKUSSIONSBLATT · DEZEMBER 2012 / JANUAR 2013

Hier und in Europa: Für soziale Gerechtigkeit!

DIE LINKE steht in der Tradition der Europäischen Arbeiter/-innenbewegung. Was bedeutet das heute konkret?

Immer mehr Länder im Süden Europas werden durch brutale Kürzungsdiktate in eine soziale Katastrophe getrieben. Chauvinismus und Gewalt werden nicht lange auf sich warten lassen, wenn wir es nicht schaffen, praktische und solidarische Alternativen zum Abbau von Demokratie und Sozialstaat zu entwickeln.

Am meisten hat die neoliberale Schocktherapie bisher in Griechenland gewütet. Den Griechinnen und Griechen wird buchstäblich das letzte Hemd geraubt. Hungernde Kinder, obdachlose Rentnerinnen und Rentner, Kranke, die notwendige Medikamente nicht bekommen – das sind die Ergebnisse einer in Europa beispiellosen Serie von gesetzlich verordneten Lohn-, Renten- und Sozialkürzungen. Und wo ist das ganze Geld gelandet? In den Taschen von privaten Banken und Hedgefonds.

DIE LINKE ruft, in Kooperation mit den griechischen Freundinnen und Freunden von SYRIZA, zu Spenden noch vor Weihnachten für konkrete soziale Hilfe und Projekte der Selbstorganisation in Griechenland auf.

Spendenkonto: Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V., Verwendungszweck: Griechenland. Frankfurter Sparkasse, BLZ: 50050201, Kontonummer: 200081390. Sie können eine Zuwendungsbescheinigung für das Finanzamt erhalten, wenn Sie Ihre Adresse mitteilen: per Mail an frieden-und-zukunft@t-online.de.



Millionen von Menschen sind am 14. November in Griechenland, Portugal, Spanien, Zypern in den Streik getreten gegen die Spar- und Verarmungspolitik der EU. Unser Foto: Solidaritätsdemonstration in Berlin.

Betroffen, aber angeblich nicht zuständig

Initiative der LINKEN in der BVV zur Vermögenssteuer abgelehnt

Mit der Große Anfrage der LINKEN zur „Verbesserung der Bezirksfinanzen“ und der Antrag „Vermögenssteuer jetzt einführen“ sollte auf die völlig unzureichende finanzielle Ausstattung von Neukölln aufmerksam gemacht werden und eine politische Willensbekundung für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer abgegeben werden.

Mit der Begründung, es wäre ein rein bundespolitisches Thema hat die SPD mit ihrem Zählergemeinschaftspartner CDU den Antrag abgelehnt.

Zuvor hatte in der Debatte für das Bezirksamt Bürgermeister Buschkowsky berichtet, dass die Bezirke nicht einen Euro vom Nachtragshaushalt in Höhe von 444 Millionen Euro bekommen werden. Das Geld sei ausschließlich für zusätzliche Kosten beim neuen Flughafen BBI vorgesehen. Mit einer durchschnittlichen Steigerung von 0,3 Prozent pro Jahr für die Bezirks Haushalte müssten die vielfältigen Aufgaben erbracht werden.



Vignette: Franz Zauleck

Für DIE LINKE hat Thomas Licher für den Antrag zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer gewonnen. Mit den Mehreinnahmen aus der Vermögenssteuer könnten die gesellschaftlich notwendigen staatlichen Aufgaben bezahlt und zusätzlichen Angebote im Bereich Bildung, Gesundheit und Soziales finanziert werden. Weiter sollte der Bezirk Neukölln als politisches Zeichen dem Bündnis für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer beitreten. Mehrere Kommunen seien bereits dem Bündnis

„Vermögenssteuer jetzt“ beigetreten.

Welche Kommunen sind bei der Initiative „Vermögenssteuer jetzt!“ dabei?

Bisher haben die Kommunalparlamente die Unterstützung der Initiative beschlossen: Marburg, Landkreis Gießen, Göttingen, Landkreis Waldeck-Frankenberg, Duisburg, Kreis Groß-Gerau, Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg (Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung vom 26. September 2012), Flensburg, Gemeinde Ginsheim-Gustavsburg, Löhne, Herne, Iserlohn, Rüsselsheim, Leipzig, Waltrop, Oberhausen.

Darüber hinaus wird die Initiative prominent unterstützt, von Heiner Geißler (CDU) bis Oskar Lafontaine (DIE LINKE). Obwohl der SPD-Parteivorsitzende Sigmar Gabriel ebenfalls das Bündnis unterstützt, war die Neuköllner SPD-Fraktion nicht bereit, sich anzuschließen. RO

Weitere Informationen:
www.vermoegensteuerjetzt.de

Soziale Gerechtigkeit

Ja, die Berliner Bezirke haben keine Entscheidungsbefugnis zur Steuergesetzgebung. Aber von den Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene sind sie massiv betroffen. Deshalb geht die Steuerpolitik auch Neukölln und die Bezirksverordneten etwas an. In der Neuköllner BVV zeigte sich wieder, das zwar von der SPD gern der Anschein erweckt wird, für mehr soziale Gerechtigkeit einzutreten. Wenn es aber um die klare Positionen geht, wird mit der Begründung „nicht zuständig“ das eigene Nichtstun erklärt.

Sollte nach den Bundestagswahlen der nächste Bundeskanzler Peer Steinbrück (SPD) heißen, brauchen sich die Vermögensbesitzer voraussichtlich keine Sorgen zu machen. Bevor es zu einer nennenswerten Besteuerung der Reichen kommt, wird eher eine Neuauflage der Agenda 2010 kommen, um die Euro-Krisen-Kosten auf die breite Masse der Bevölkerung abzuwälzen. RO

Neukölln: Soziale Vertreibung an jedem Tag

Die aktuellen Zahlen des Mikrozensus (Erhebung statistischer Daten) zeigen, dass in Neukölln berlinweit der größte Prozentsatz des Haushaltseinkommens für Miete ausgegeben wird.

Gerade Single-Haushalte und Menschen mit kleinem Einkommen beziehungsweise Menschen im Transferbezug sind davon besonders betroffen. In keinem anderen Bezirk wohnen so viele Menschen die Aufstocker, Hartz-IV-Betroffene, Grundsicherungsempfänger oder sonstige soziale Transferleistungsbezieher sind wie in Neukölln. Deshalb sind die derzeit stattfindenden massiven Mietsteigerungen hier besonders bedenklich. Schon jetzt findet kaum noch ein Bezieher von Hartz IV in Nord-Neukölln eine Wohnung, die unterhalb des Regelsatzes liegt. Der Leiter des Jobcenters Neukölln berichtete vor einiger Zeit im Integrationsausschuss der BVV, dass im

letzten Betrachtungsjahr 400 Leistungsbezieher mehr weggezogen sind als im Gegenzug zugezogen sind. Das wird besonders von CDU und SPD begrüßt. In dem Zusammenhang wird von ihnen gerne von „sozialer Durchmischung“ gesprochen.

Aber es gibt schon seit längeren so gut wie keinen Neubau von Wohnungen in Nord-Neukölln. Deshalb wird eine „soziale Durchmischung“ in Nord-Neukölln nur möglich, wenn ein nennenswerter Teil der angestammten Bevölkerung verdrängt wird, um Platz für vermeintlich Besserverdienende zu schaffen.

Aber in Neukölln verdrängen gerade die Armen die noch ärmeren. Wenn beispielsweise Wohngemeinschaften von Studierenden, junge Familien und Künstler, die für Innenstadterhältnisse noch bedingt bezahlbaren Wohnungen in Nord-Neukölln beziehen, zwingen sie unfreiwillig die Transferleistungsbe-

zieher zum Umzug an den Stadtrand. Das kann man besonders im Bereich des Reuterkiezes und der Schillerpromenade sehen.

Damit das so nicht weitergeht, sind Maßnahmen von Bund, Land und Bezirk gegen die Wohnungsnot dringend erforderlich. Auf Bundesebene muss die Berliner Initiative zur Begrenzung der Mietsteigerung auf 15 Prozent in vier Jahren im Bundesrat aufgegriffen und verabschiedet werden. Die Abschreibung von Modernisierungskosten soll dabei von gegenwärtig 11 Prozent pro Jahr deutlich abgesenkt werden. Auf Landesebene muss endlich die Wohnungsnot in Berlin vom Senat festgestellt werden, damit beispielsweise die Wohnraumzweckentfremdungsverordnung wieder in Kraft gesetzt werden kann. Weiter müsste verstärkt Baufläche für den preiswerten Mietwohnungsbau zur Verfügung gestellt werden. Mit Hilfe der massiven Erhöhung der

Grunderwerbssteuer kann das Land Berlin dem spekulativen Kauf und Verkauf von Häusern unattraktiv machen und zusätzliche Einnahmen erzielen.

Derzeit werden auch in Neukölln fast nur Flächen für Ein- und Zweifamilienhäuser oder für Luxuswohnungen zur Verfügung gestellt. Mit der Verabschiedung von Milieuschutzsätzen könnten in den besonders betroffenen Stadtteilen die Mieter vor Luxusanierung geschützt werden.

Es gibt auf allen politischen Ebenen Möglichkeiten tätig zu werden: für bezahlbare Wohnungen und gegen soziale Vertreibung. Aber man muss sich mit den Nachbarn zusammenschließen gemeinsam und auf die Straße gehen. Den nur dann werden Bezirksamt, der Senat und die Bundesregierung auf das Problem aufmerksam und sind zum Handeln für die Mieter zu bewegen.

Thomas Licher

Die Gentrifizierung des sozialen Wohnungsbaues

Neue Eigentumswohnungen in der Gropiusstadt

Die Großsiedlungen der 1960er und 1970er Jahre entstanden als Ersatz für die Abrisse in der Innenstadt auf der abgeräumten Gründerzeitbebauung oder am Stadtrand. Mit ihnen sollte dauerhaft sozialer Wohnraum bereitgestellt werden.

Bekannterweise sind durch den sprichwörtlichen Berliner Bau- und Sozialmieten teilweise höher als der Durchschnitt. Die Wohnungsbaugesellschaften gelten dabei als Preistreiber. Sie einzubinden und Mieten zu beschränken ist Ziel eines neuen, aber bereits als unzureichend geltenden Mietverbündnisses des Senats mit seinen Wohnungsbaunehmen. Nun will Ex-Senatsbaudirektor Stimmann mit einer „geplanten Gentrifizierung“ die Gropiusstadt baulich verdichten (Tagesspiegel 7.11.2012). Die Neubauten sollen mit Mieten von 8,50 Euro pro qm kalkuliert werden. Das wäre fast doppelt soviel wie das Jobcenter zahlt.

Schwächen einer Großsiedlung

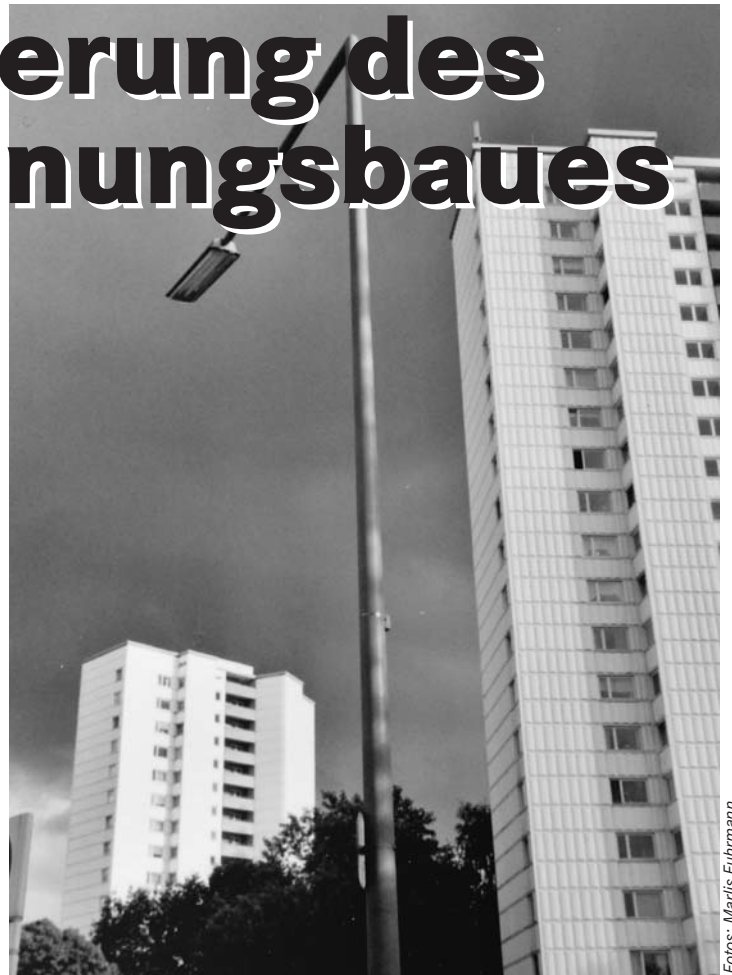
Die Gropiusstadt entstand als Gemeinschaftsprojekt der Wohnungsbaugesellschaften Gehag, Degewo, der Genossenschaft Ideal und weiteren. Nach dem Mauerbau wurde 1961 die Zahl der zu bauenden Wohnungen auf ca. 19.000 erhöht. Anders als von Gropius vorgesehen, stellten experimentierfreudige Berliner Architekten die unterschiedlichsten Gebäudegruppen und Hochhäuser aufs freie Feld. Dieser „Stadtlandschaft“ ist die mangelnde Orientierung vor Ort geschuldet, aber auch ihr grüner Freiraum.

Die Siedlung wurde zunächst wegen ihrer modernen Wohnungsausstattung hochgelobt. Dann als öde Schlafstadt verrufen, aus der junge Leute in die Drogenszene am Zoo flohen. Tatsächlich erschwert die vielfach als unwirtlich empfundene Architektur eine gute Nachbarschaft. Da die geplante Ansiedlung von Betrieben scheiterte, gibt es nur wenige Arbeitsplätze. Auch die Infrastruktur ist unzureichend: es fehlt bis heute an gut erreichbaren Geschäften, Kneipen und kulturellen Treffpunkten aller Art. Dagegen sind die sich seit Jahren massiv ausdehnenden Gropiuspassagen zu einem neuen konsumorientierten Zentrum geworden. Die neuen Besitzer erwarten eine Gewinnsteigerung durch den Flughafenausbau.

Sozialer Anspruch adé

Ursprünglich waren 90 Prozent des Bestandes als Sozialwohnungen (mit WBS) vorgesehen. Steigende Einkommen der Mieter führten zum Aussetzen der Belegungsbindung. Die rückläufige Beschäftigung nach der Wende, niedrige Renten und Zuzüge von Mietern mit Migrationshintergrund stehen für eher geringe Einkommen. Sie hätten eine Wiedereinführung der Sozialbindung erfordert. Aber nun wollte man keine Sozialmieter mehr.

Stattdessen beschwor man eine Kultur des Miteinanders und richtete ein Quartiersmanagement ein. Die Fluktuation sollte der Wohnzufriedenheit weichen, die Mieterschaft die „schönen Ecken“ ihres Kiezes entdecken. Ehrbar, aber un-



Fotos: Marlis Fuhrmann

Die Neuköllner LINKE wird am 10. Januar 2013 in ihrer neuen Geschäftsstelle in der Wipperstraße 6 einen Video-Ausschnitt von der Abschlussdiskussion zeigen. Sie wird versuchen, Widerstand aus dem Kiez und bezirkliche Mietverbündnisse zusammenzudenken. Sie sind eingeladen!

zureichend. Auch die Wohnungsgesellschaften engagierten sich und verbesserten das Wohnumfeld. Die kleineren Einkaufszentren an den U-Bahnstationen wurden saniert und Supermärkte angesiedelt. Zugleich aber ist, insbesondere bei der privatisierten Gehag – jetzt „Deutsche Wohnen“ – die Umwandlung zu Eigentumswohnungen im Vormarsch.

Die Degewo hatte das 50jährige Jubiläum der Gropiusstadt und die Aufforderung des Senats zur Erweiterung kommunaler Wohnungsbestände zu einer Tagung animiert. Vorgestellt wurde unter anderem die energetische Sanierung ihrer Gebäude. Hauptthema aber war die Erschließung weiterer Flächen für 400 neue Wohnungen. Doch anstatt die benötigten preiswerten Wohnungen zu schaffen, setzt die Degewo auf den Bau von Eigentumswohnungen. Der Begriff „Sozialer Wohnungsbau“ fiel nicht ein einziges Mal. Kein Mietervertreter saß auf dem Podium. Den Referenten Hollmann, der zusammen mit Studenten und Anliegern den Schulcampus Efeuweg mitgeplant hatte, packte da der Zorn.

Ob die Degewo ihrer vertraglichen Verpflichtung nachkommt, hier künftig jede dritte Wohnung an Leute mit WBS zu vermieten, bleibt nachzuprüfen. Bürgermeister Buschkowsky sitzt übrigens im Beirat der Degewo. DIE LINKE wird in der Bezirksverordnetenversammlung darauf achten, dass er keine Möglichkeit einer bezirklichen Freistellung findet.

Lichtblick Kotti & Co

Kotti & Co vermitteln dagegen Aufbruchstimmung. Sie hatten unter dem Motto „Nichts läuft hier richtig – Konferenz zum sozialen Wohnungsbau“ Sympathisanten und Verantwortliche ins Abgeordnetenhaus eingeladen. Neben der Analyse der Probleme wurden Lösungsmöglichkeiten vorgestellt. Die wichtigsten Forderungen daraus sind:

- Deckelung der Kaltmiete im sozialen Wohnungsbau bei 4 Euro.
- Sondervermögen zur Neubauförderung mit „ewiger“ Sozialbindung.
- Rückkauf von ehemals kommunalen Wohnungsbeständen.

Marlis Fuhrmann



Treffpunkt am Bat-Yam-Platz: Das Gemeinschaftshaus Gropiusstadt.



Foto: DIE LINKE/K.Schubert

Nein zur sozialen Spaltung Europas. Millionen Menschen haben am 14. November in Griechenland, Portugal, Spanien, Zypern gestreikt gegen die Spar- und Verarmungspolitik der EU. Zur Teilnahme an der DGB-Solidaritätskundgebung in Berlin hatte auch DIE LINKE aufgerufen.

DIE LINKE. Neukölln ab 2. Januar in neuen Räumen

DIE LINKE. Neukölln bezieht größere und preiswertere Räume in der Wipperstraße 6, Nähe S- und U-Bahnhof Neukölln.

Der Umzug unserer Geschäftsstelle wird vom 14. bis 16. Dezember 2012 stattfinden. Die letzte Nutzung der alten Büroräume findet am 13. Dezember 2012 abends statt. Danach bleibt die Ge-

schäftsstelle geschlossen. Deshalb kann dieses Jahr leider keine Weihnachtsfeier der Neuköllner LINKEN stattfinden.

Die neuen Büroräume werden am Mittwoch, 2. Januar 2013, zum ersten Mal geöffnet werden. Geplant ist, nach Eröffnung im Januar zu einem großen Fest einzuladen (siehe: www.die-linke-neukoelln.de).

Termine: DIE LINKE. Neukölln

Bezirksvorstand

Der Bezirksvorstand Neukölln tagt parteiöffentlich in der Regel alle zwei Wochen donnerstags. Gäste sind herzlich willkommen.

Donnerstag, 6.12.2012, 19 Uhr

DIE LINKE, Richardplatz 16

Donnerstag, 20.12.2012, 19 Uhr

Donnerstag, 3.1.2013, 19 Uhr

Donnerstag, 31.1.2013, 19 Uhr

DIE LINKE, Wipperstraße 6

BO Hermannstraße/BO Süd

Mittwoch, 12.12.2012, 19 Uhr

DIE LINKE, Richardplatz 16

Mittwoch, 9.1.2013, 19 Uhr

„Was für einen Wahlkampf wollen wir machen?“

DIE LINKE, Wipperstraße 6

Mittwoch, 23.1.2013, 19 Uhr

„Vor 80 Jahren: Machtübertragung an die Nazis“

DIE LINKE, Wipperstraße 6

Mittwoch, 6.2.2013, 19 Uhr

„UmFAIRteilen“

DIE LINKE, Wipperstraße 6

BO Rixdorf/BO Reuterkiez

Donnerstag, 13.12.2012, 19 Uhr

Thema: „Wohin geht Syrien?“

DIE LINKE, Richardplatz 16

Donnerstag, 10.1.2013, 19 Uhr

Thema: „Mieten, Standpunktdiskussion der LINKEN“.

DIE LINKE, Wipperstraße 6

Donnerstag, 24.1.2013, 19 Uhr

Thema: Flüchtlingspolitik.

DIE LINKE, Wipperstraße 6

AG Hartz IV

Mittwoch, 12.12.2012, 17.30 Uhr

Thema: „Blick zurück und voraus zum Jahresende“

DIE LINKE, Richardplatz 16

Mittwoch, 9.1.2013, 17.30 Uhr

Thema: „Hat Vollbeschäftigung eine Zukunftsperspektive?“

DIE LINKE, Wipperstraße 6

Kostenlose Hartz-IV-Beratung

Mittwoch, 12.12.2012, 14 bis 16 Uhr

DIE LINKE, Richardplatz 16

Mittwoch, 9.1.2013, 14 bis 16 Uhr

Mittwoch, 23.1.2013, 14 bis 16 Uhr

(siehe auch Information auf Seite 5)

DIE LINKE, Wipperstraße 6

PG Mieten

Dienstag, 4.12.2012, 19 Uhr

DIE LINKE, Richardplatz 16

Dienstag, 8.1.2013, 19 Uhr

Dienstag, 5.2.2013, 19 Uhr

DIE LINKE, Wipperstraße 6

PG Antifaschismus/ Antirassismus

Dienstag, 11.12.2012, 19 Uhr

DIE LINKE, Richardplatz 16

AK ErwiN

Erwerbslosenfrühstück

Dienstag, 4.12.2012, 11 Uhr

DIE LINKE, Richardplatz 16

DIE LINKE. Neukölln wählte neuen Bezirksvorstand

Auf der Bezirksvollversammlung am 24. November 2012 bilanzierten die Mitglieder des Bezirksverbandes Neukölln die politische Arbeit der vergangenen zwei Jahren, definierten neue Aufgaben mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 und wählten einen neuen Bezirksvorstand für die nächsten zwei Jahre.

Als Sprecherin des Bezirksverbandes wählte die Versammlung Lucia Schnell (33 Jahre), als Sprecher Moritz Wittler (26). Zur stellvertretenden Sprecherin wurde Doris Hammer (59), als stellvertretender Sprecher Thomas Licher (48) gewählt. Neuer Schatzmeister ist Dietmar Müller (55).

Sandra Boden (29), Marlis Fuhrmann (54), Klaus-Dieter Heiser (66), Franziska Lorenz-Hoffmann (64) wurden wieder in den Vorstand gewählt. Kate Davison (34), David Schindwein (23) und Florian Warweg (33) wurden neue Mitglieder des Bezirksvorstands. Alle Kandidierenden wurden jeweils im ersten Wahlgang mit großer Stimmenmehrheit bei wenigen Nein-Stimmen und Enthaltungen gewählt.

Die bisherige Sprecherin Irmgard Wurdack und Sprecher Ruben Lehnert, die stellvertretende Sprecherin Erika Mourgues, Schatzmeister Werner Halbauer sowie die Vorstandsmitglieder Klaus-Peter Dauks und Vincent Streichhahn hatten nicht erneut kandidiert.

Luxemburg-Liebkecht Ehrung 2013

Anlässlich des 94. Jahrestages ihrer Ermordung am 15. Januar 1919 ruft DIE LINKE zum stillen Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebkecht am Sonntag, 13. Januar, ab 9.30 Uhr an der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde auf.

Am Dienstag, 15. Januar, beginnt eine Demonstration um 17.30 Uhr am Kurfürstendamm/Joachimstaler Straße.

Kundgebung auf dem Olof-Palme-Platz um 18 Uhr.

Anschließend gemeinsamer Besuch der Gedenkstätten für Rosa Luxemburg und Karl Liebkecht im Tiergarten.

Berliner Friedenskoordination

Freitag, 14.12.2012, 11 Uhr

Protestaktion gegen die geplante Stationierung von Patriot-Raketensystemen der Bundeswehr in der Türkei. Vor dem Reichstagsgebäude, Scheidemannstraße/Ebertstraße.

Weitere Termine im Internet:

www.die-linke-neukoelln.de

Genosse Werner Gutsche

ist nach einem Unfall mit schweren Verbrennungen am 4. Dezember 2012 verstorben.

Alle, die Werner kannten, wissen, dass wir mit ihm einen Großteil Neuköllner Geschichtswissen, Parteigeschichte und Wissen über politische Zusammenhänge verloren haben.

Um in seinem Sinne weiter zu machen, müssen wir im antifaschistischen Kampf noch aktiver werden und nun auch seinen Platz einnehmen – im Kampf für eine Welt ohne Rassismus und Krieg.

Termine für eine Trauerfeier und Beisetzung können erst nach Abschluss der Untersuchungen festgelegt werden.

DIE LINKE. Neukölln



Lara Heitmann

„VIELE HARTZ IV-SANKTIONEN SIND UNBEGRÜNDET.“

ANNEWILL

Rechtsanwältin Lara Heitmann in der ARD-Fernsehsendung „Anne Will“: „Viele Hartz-IV-Sanktionen der Jobcenter sind unbegründet.“

Hartz-IV-Sanktionen:

Neukölln bei Anne Will

„Immer mehr Hartz IV-Sanktionen – fiese Schikane oder notwendige Kontrolle?“ hieß es am 28. November. Wie so oft wurde über Arbeitslose geredet, aber nicht mit den Betroffenen.

Zwei Ladies, die es mit einem Schrotthandel aus Hartz IV in die Selbständigkeit geschafft haben, wurden als leuchtendes aber eben nicht verallgemeinerbares Beispiel vorgeführt.

Klaus-Peter Hansen, Geschäftsführer des Jobcenters Neukölln verteidigte die Sanktionen und verbreitete Halb- bzw. Unwahrheiten. Insbesondere sein Vergleich mit Bußgeldbescheiden ist absolut unzutreffend. Bußgelder werden bei Widerspruch erst nach einem Gerichtsurteil fällig, Hartz IV Sanktionen werden ohne Urteil vollstreckt.

Frank Steffel, CDU, forderte zaghaft eine Lohnuntergrenze. Gegen einen Mindestlohn, wie ihn DIE LINKE

seit langem fordert, ist er wie seine Parteichefin sicherlich weiterhin.

Lara Heitmann, Neuköllner Rechtsanwältin argumentierte konsequent auf der rechtlichen Ebene. Sie macht zweimal im Monat kostenlose Hartz IV Rechtsberatung bei der LINKEN Neukölln. Siehe www.die-linke-neukoelln.de. Hier findet man auch den Arbeitskreis ErwiN, Erwerbslosen-Initiative Neukölln und die AG Hartz IV.

DIE LINKE im Bundestag hat einen Antrag auf Abschaffung der Sanktionen eingebracht, über den im April 2012 abgestimmt wurde. Aus den anderen Fraktionen gab es fast keine Unterstützung. Das Ergebnis: www.linksfraktion.de/flugblaetter.

Ottmar Schreiner, SPD, der die Sanktionen als teilweise verfassungswidrig bezeichnete, stimmte ebenfalls gegen den Antrag.

Reinhard Urban

Screen: ARD/Neu-Köllnisch



Foto: Doris Hammer

Vor acht Jobcentern hat die LINKE Berlin auf Initiative der Landesarbeitsgemeinschaft Hartz IV am 6. November neue Informationen zur Preis-Erhöhung des Sozialtickets und zur Hartz-IV-Beratung verteilt. Auch Kaffee und Kekse gab es vor dem Jobcenter Neukölln in der Mainzer Straße.

Bundesregierung vertuscht Armut:

„Wär' ich nicht arm, wärst Du nicht reich!“

Die Bundesregierung hat entscheidende Passagen im Entwurf des Armuts- und Reichtumsberichts verändert.

Ein Sprecher von CDU-Arbeitsministerin von der Leyen bestätigte entsprechende Medienberichte. FDP und Kanzleramt sollen treibende Kräfte hinter der Überarbeitung gewesen sein. Im ersten Entwurf aus dem September stieß insbesondere der Satz „Die Privatvermögen in Deutschland sind sehr ungleich verteilt“ auf heftigen Widerstand der FDP. Die Koalitionspartnerin der Union sah darin eine mögliche Begründung für die Einführung einer Vermögenssteuer. In der neuen Fassung ist der Satz nicht mehr zu finden.

„Es fügt sich ins Muster der vergangenen Jahre, dass die Bundesregierung versucht, verheerende soziale Entwicklungen schön zu reden und die Realität ignoriert. Anstatt sich für soziale Gerechtigkeit und gute Arbeit einzusetzen, verfolgt die Regierungskoalition weiterhin ihre Politik der sozialen Spaltung und des Lohndumpings. Die Ausweitung von Niedriglöhnen nun in der neuen Fassung als strukturelle Verbesse-

rungen am Arbeitsmarkt zu feiern, ist ein Schlag ins Gesicht der vielen Menschen, die in Deutschland von ihrem Einkommen nicht mehr leben können. Es ist endlich an der Zeit, Niedriglohnbeschäftigung unter anderem durch einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn und Abschaffung der Leiharbeit wirksam einzudämmen. Auch der zunehmende und ungleich verteilte Reichtum in unserer Gesellschaft muss stärker zur Finanzierung von gemeinwohlorientierten Aufgaben heran gezogen werden“, erklärt die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Sabine Zimmermann, zu den vorgenommenen Änderungen am Armutsbericht.

Die Bundesregierung schließt außerdem die Betroffenenorganisationen, Wohlfahrtsverbände und Gewerkschaften bei der Erstellung des Armuts- und Reichtumsberichts aus. Sie hatten lediglich eine Woche Zeit zur Stellungnahme auf den schriftlich übermittelten Entwurf zu reagieren. Eine Anhörung oder Debatte mit den Organisationen zum Entwurf erfolgte nicht.

DIE LINKE bietet kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung

DIE LINKE. Neukölln bietet eine regelmäßige kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung an. Mit der Rechtsanwältin Frau Heitmann steht Hartz-IV-Betroffenen eine erfahrene Juristin mit Rat und Tat zu Verfügung. Diese Erstberatung ist für Betroffene kostenfrei.

Im Dezember findet die Beratung am Mittwoch, dem 12. Dezember, von 14 bis 16 Uhr, in der Geschäftsstelle am Richardplatz 16 in 12055 Berlin statt. Ab Januar 2013 jeden zweiten und vierten Mittwoch im Monat von 14 bis 16 Uhr in der neuen Geschäftsstelle in der Wipperstraße 6 (S- und U-Bhf Neukölln).

Für Nachfragen und zur Terminanmeldung steht Franziska Lorenz-Hoffmann (030-53 08 46 26, franziska.lorenz-hoffmann@die-linke-neukoelln.de) gerne zur Verfügung.



Foto: DIE LINKE / K. Schubert

Seit bekannt ist, dass Neukölln verstärkt Flüchtlinge aufnehmen wird, verstärken Nazis ihre rassistische und fremdenfeindliche Hetze im Bezirk.

Britz ist bunt – aber nicht braun!

Die sozialistische Jugendorganisation Die Falken hat die Initiative ergriffen, öffentlich Position zu beziehen gegen die seit einiger Zeit vermehrt auftretende Aktivitäten der extremen Rechten in Britz.

Mit einer Menschen- und Lichterkette soll deshalb ein symbolischer Kreis um das Hufeisen gezogen werden. Brandanschläge, eingeschlagene Scheiben, Drohanrufe, brutale Prügelattacken sowie Nazi-propaganda durch Aufkleber und

Plakate im Umfeld der Schulen. Das kann niemanden unberührt lassen.

Das „Aktionsbündnis Britz gegen Neonazis“ geht quer durch die Gesellschaft. Es setzt sich aus Britzer BürgerInnen, demokratischen Parteien, politischen Organisationen,

Schulen, öffentlichen Einrichtungen, Gewerkschaften, Vereinen, Verbänden, Museen, Kirchen und vielen mehr zusammen.

Treffpunkt ist am 20. Dezember um 16.15 Uhr im Innenring des Hufeisens.

Weshalb flüchten Roma zu uns?

Die Roma sind seit Jahrhunderten ein fester Bestandteil der Kultur Europas.

Bereits 1348 n. Chr. wurden die ersten Roma in Makedonien und Serbien dokumentiert. Heute finden sich Roma in allen europäischen Ländern.

Zu lange schon dauert ihre Verfolgung an. In Rumänien wurden Roma von 1400 bis 1891 versklavt, in anderen Ländern wurden sie Tieren gleich gejagt, ermordet, verstümmelt oder ihrer Kinder beraubt. Trotz dieser ständigen Diskriminierungen gelang es einigen Sinti und Roma sich niederzulassen und eine Existenz aufzubauen. Dies wurde mit der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten in Deutschland unmöglich. Deportationen, Zwangsarbeit und medizinische Experimente kosteten europaweit über 500 000 Roma und Sinti das Leben. Dass dies auch unter Befehl der deutschen Besatzer im Balkan geschah, ist nur wenigen Menschen bewusst. Vernichtungslager gab es in Sajmiste, Bajnica, Crveni Krst und Jasenovac. Letzteres wurde wegen seiner Größe auch „Auschwitz des Balkans“ genannt. Insbesondere für die Roma ist eine Schätzung der Opferzahlen aber schwierig, da sie meist nicht als Roma registriert,

sondern stattdessen direkt am Ort ihrer Aufgreifung als „Partisanen“ oder „Spione“ ermordet wurden. Es wird davon ausgegangen, dass um die 100.000 Roma während der deutschen Besatzung im Gebiet Jugoslawiens ihr Leben verloren. Helfer fand die Wehrmacht in Kroatien bei der faschistischen Armee der Ustascha und durch die neu gegründete, unter deutscher Führung stehende Waffen-Gebirgs-Division der SS „Handschar“ (kroatische Nr. 1) und im Kosovo durch die Waffen-Gebirgs-Division der SS „Skanderbeg“ (albanische Nr. 1). Alle diese Truppen waren für ihre große Grausamkeit, mit der sie zahlreiche Kriegsverbrechen verübten, gefürchtet.

Gerechtigkeit gab es für die überlebenden Roma nach dem Krieg keine. Sie blieben eine stark diskriminierte weitgehend rechtlose Minderheit.

Nach der Bombardierung durch die Nato unter deutscher Beteiligung und der darauf folgenden Rückkehr der zuvor vertriebenen Albaner kam es vielerorts zu Racheaktionen der Separatistenorganisation UCK. Hierdurch erlebten die ansässigen Roma eine weitere Katastrophe. Von Seiten extremistischer Albaner wurden die Roma der Kollaboration mit den

Serben verdächtigt und vertrieben, verschleppt und ermordet. Von Roma bewohnte Häuser und ganze Stadtteile wurden zerstört. Der Rassismus gegen Roma hat in Kosovo bis heute eine große Verbreitung und Extremisten zeigen eine hohe Gewaltbereitschaft gegenüber Minderheiten.

Die Verbrechen an Roma im Jahr 1999 und danach wurden bis heute nicht richtig nachverfolgt und die Täter blieben unbestraft. Sichtbar wurde dies durch die Enthüllungen über die Verstrickung des kosovarischen Regierungschefs, Hashim Thaci, in mafiöse Strukturen und Organhandel. Unter den Opfern dieses Organhandels sollen sich auch zahlreiche Roma befunden haben. Viele sind einfach verschwunden und gelten seitdem als vermisst. Ihre Hinterbliebenen leben oft bis heute unter Trauer und Angst, sind geflüchtet oder haben sich zum Schutz in Enklaven zurückgezogen.

Weite Teile der Extremisten-Elite gelangten nach der Unabhängigkeit Kosovos an ranghohe Posten; in Politik, Wirtschaft und Polizei.

Von den vormalig 150.000 Roma im Kosovo verließen 120.000 von ihnen ihre Heimat und flüchteten auf der Suche nach Schutz in europäische Länder. Die Flüchtlingsla-

ger in Serbien sind bis heute überfüllt mit den damals Vertriebenen Roma. Auch dort sind sie wenig willkommen und leben an den Rand der Gesellschaft abgedrängt.

Abschiebung und Auslieferung in derartige Verhältnisse ist ein Verbrechen und angesichts der deutschen Vergangenheit besonders anrühlich. Wir dürfen daher nicht zusehen, wie die Menschen, die hier Schutz gesucht haben, erneut einem Schicksal von Gefahr und Diskriminierung ausgesetzt werden. Es ist nötig, hier lebende Roma beim Aufbau einer Existenz in ihrer neuen Heimat Deutschland zu unterstützen, anstatt ihnen Steine in Form von ausgrenzenden Sondergesetzen in den Weg zu legen. Es wird höchste Zeit für einen fairen Umgang mit den Roma! Sonst droht erneut die Zerstörung der Zukunft vieler Unschuldiger.

Grade wenn europaweit der Rassismus gegen Roma wächst, muss Deutschland hier mit gutem Beispiel vorangehen, um den Roma endlich eine Chance auf ein sicheres Leben zu ermöglichen.

(Quelle: Aus der Begründung der Petition „Bleiberecht für Roma und alle langjährig geduldeten Flüchtlinge in Deutschland!“ des Roma Center Göttingen e.V.)



Fotos: KDH

Hanno Günthers Mitschülerin Hanna Tomkins berichtete, wie sie in der Rütlichschule angesichts der faschistischen Gefahr Anfang der 1930er Jahre im Engagement für Solidarität und soziale Gerechtigkeit geprägt wurden.

Hanno Günther: Rütlichschüler im Widerstand

Auf den Tag genau 70 Jahre nach seiner Ermordung durch die Nazis stand der Neuköllner Widerstandskämpfer und Rütlichschüler Hanno Günther im Mittelpunkt einer Veranstaltung in der Mensa seiner ehemaligen Schule.

Hanno Günther hatte nach dem deutschen Sieg über Frankreich zusammen mit einer Gruppe Neuköllner Jungkommunisten eine Flugblattserie hergestellt, in der sie über die Kriegslage informierten und Frieden und Meinungsfreiheit forderten. Rüstungsarbeiter wurden zur Sabotage aufgefordert. Bei regelmäßigen Zusammenkünften wurden von der Gruppe marxistische Schriften gelesen. Am 28. Juli 1941 wurde Hanno Günther von der Gestapo festgenommen und vom

„Volksgerichtshof“ zusammen mit sechs seiner Freunde zum Tode verurteilt. Er wurde am 3. Dezember 1942 in Plötzensee hingerichtet.

Aus welchen Quellen konnten Hanno Günther und seine Freunde die Kraft schöpfen, der Demagogie der Nazis zu widerstehen? Volker Hoffmann und vor allem Hanna Tom-



Volker Hoffmann stellte Leben und Kampf Hanno Günthers vor.

kins sahen sie in den humanistischen Zielen, die in der Rütlichschule vermittelt wurden. Eindrucksvoll berichtete sie über solidarische Aktionen, damit alle Mitschüler, trotz Arbeitslosigkeit der Eltern, an einer Klassenfahrt teilnehmen konnten. Auch darüber, dass bereits der 12-Jährige sich in einen frei zu wählenden Aufsatzthema



Bezirksstadträtin Franziska Giffey (SPD) und Hanna Tomkin.

Verbindungsglied zwischen CDU und Rechtsextremen

Der „Spiegel“ sieht in der Deutschen Burschenschaft eine „Allianz der Verfassungsfeinde“. Nach ihrem Kongress im November seien sie noch weiter nach rechts gerückt und bildeten inzwischen einen „Schutzraum für Rechtsextreme“. Rechtsaußen, in der Sonderorganisation Burschenschaftliche Gemeinschaft, ist die Verbindung „Gothia Berlin“ angesiedelt. Einer ihrer Akteure ist Michael Büge, Staatssekretär im Senat. Er ist Neuköllner CDU-Bezirkschef und war hier Stadtrat. Es gebe gute Gründe, das Treiben in den Verbindungshäusern zu beobachten, schreibt der „Spiegel“. Dort könnte sich eine gefährliche Allianz von Rechtsextremen formieren. Wir werden „Verbandsbruder Michael Büge“ im Blick behalten. KDH

mit der Frage beschäftigte, was gegen Arbeitslosigkeit getan werden müsse. Dieses Thema beschäftigte Hanno Günther weiter, als er nach Auflösung der Rütlichschule durch die Nazis 1933 auf die Schulfarm Scharfenberg wechselte. Dort wurde er aus politischen Gründen von der Schule verwiesen. Er nahm eine Bäckerlehre auf.

Widerstand gegen Nazis sei leider noch immer ein aktuelles Thema, erklärte Bezirksstadträtin Franziska Giffey in ihrem Grußwort. Wenn heute am selben Tag in Neukölln Stolpersteine zur Erinnerung an von den Nazis Ermordeten verlegt werden, in einem Jugendfreizeitheim über die Aufnahme von Flüchtlingen beraten wird und zugleich neue Nazis aufmarschieren, dann sei Courage und Engagement gegen Nazis gefordert. Sie rief deshalb zur Teilnahme an der Aktion in Britzer Hufeisensiedlung am 20. Dezember auf (siehe auch Seite 6). KDH

DIE LINKE. mach mit!

**Egal, ob Du Parteimitglied bist oder nicht:
Sei linksaktiv und du kannst sofort anfangen.**

Nimm Kontakt zu uns auf:

Lucia Schnell, Sprecherin DIE LINKE. Neukölln, 0176 24158769,
lucia.schnell@die-linke-neukoelln.de

Moritz Wittler, Sprecher DIE LINKE. Neukölln, 0178 6254914
moritz.wittler@die-linke-neukoelln.de

Oder den Coupon ausfüllen, abtrennen und an folgende Adresse schicken:

DIE LINKE. Neukölln, Wipperstraße 6, 12055 Berlin, Fax: 030/61359 19

Informationsangebot

- Ich möchte Informationsmaterial bekommen.
- Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden.
- Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE werden.

Name:

Anschrift:

E-Mail: Telefon:

Neu-Köllnisch

Dezember 2012 / Januar 2013

Neu-Köllnisch wird herausgegeben von der Partei DIE LINKE, Landesverband Berlin

Auflage dieser Ausgabe: 2.500

V.i.S.d.P.: Klaus-Dieter Heiser

Kontaktadresse: DIE LINKE Neukölln
Wipperstraße 6, 12055 Berlin,
Tel./Fax: 030-613 59 19

Bankverbindung:

DIE LINKE, Neukölln,
Berliner Bank BLZ: 100 708 48,
Kontonummer 525 607 801

Redaktionsschluss: 5.12.2012

Beiträge für die nächste Ausgabe
bitte bis zum 25.1.2013

Namentlich gekennzeichnete Artikel
müssen nicht der Ansicht des Heraus-
gebers entsprechen.



Volksbegehren zum Erhalt des Tempelhofer Feldes kann sofort starten

Träger dieses Volksbegehrens ist die Demokratische Initiative 100% Tempelhofer Feld e.V. Sie hat zum Start des Volksbegehrens einen fertigen Gesetzentwurf vorgelegt.

In der ersten Phase müssen 20.000 unterstützende Unterschriften gesammelt werden. Ziel des Gesetzes ist es, gemeinsam mit den Berlinerinnen und Berlinern, diese einzigartige Fläche zu erhalten und. Die wertvollen Eigenschaften des Tempelhofer Feldes und die darauf beruhenden Funktionen dauerhaft zu erhalten und vor Eingriffen, welche sie gefährden oder verändern können, zu schützen.

Die Bürgerinitiative wartet auf die offizielle Freigabe der Unterschriftenliste durch die Senatsverwaltung für Inneres.

Näheres zum Beginn der Unterschriftensammlung auf der Internetseite der Initiative. Hier kann auch der Gesetzentwurf gelesen werden: www.thf100.de/index.php

Hörberatungsstelle in Neukölln dauerhaft erhalten

Die Neuköllner Hörberatungsstelle in Britz ist ähnlich wie bereits vor fünf Jahren in ihrem Bestand bedroht.

Die Fraktion DIE LINKE hat für die Dezembersitzung der Bezirksverordnetenversammlung Neukölln dazu eine große Anfrage gestellt und fordert in einem Antrag den Erhalt der Einrichtung im derzeitigen Umfang.

Die Schließung der Neuköllner Hörberatungsstelle konnte 2007 nur durch massiven Protest und mit einer erfolgreichen Unterschriftensammlung betroffener Familien, Mitarbeitern und engagierten Neuköllnern verhindert werden. Als Kompromiss wurde seinerzeit die Neuköllner Beratungsstelle unter dem Dach des Bezirksamtes Friedrichshain-Kreuzberg mit der dortigen Einrichtung zusammengefügt.

Wegen der Vorgabe des rot-schwarzen Senates soll der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg jetzt rund 140 Stellen abbauen. Beschäftigte befürchten, dass ein großer Teil der freierwerdenden Stellen nicht erneut besetzt wird, wenn Mitarbeiter der Neuköllner Beratungsstelle in den kommenden Jahren in Rente gehen.

Deshalb ist es nach Auffassung der LINKEN jetzt notwendig, sich beim Senat für die berlinweit tätige Hörberatungsstelle einzusetzen. Dem Prozess des Stellenabbaus müsse frühzeitig entgegen gewirkt werden und als erstes die Stellen aus dem Pool des Bezirksamtes Friedrichshain-Kreuzberg herausgerechnet werden.

Die Aufgabe der Hörberatungsstelle ist, frühzeitig Hörschäden bei Kinder zu erkennen und umfassende Hilfe und Beratung anzubie-

ten. Bei der Hörberatungsstelle handelt es sich um eine seit 1959 präventiv tätige Gesundheitseinrichtung, die versucht, die Folgen von Hörschäden zu verringern. Denn schlecht oder überhaupt nichts hörende Kinder haben größte Schwierigkeiten beim Erlernen der Sprache. In der Neuköllner Einrichtung stehen mit dem speziell für die Diagnostik von Hörbehinderung von Kindern errichteten Gebäude hervorragende Bedingungen zu Verfügung. Auch bietet diese unabhängige Beratung eine Alternative zu den HNO-Abteilungen der Krankenhäuser, wo stärker operative Behandlungen angestrebt werden. Hinzu kommt, dass die Neuköllner Hörberatungsstelle sehr gut mit Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen vernetzt ist. RO



Mit der Sperre der Ganghoferstraße ist die Autofahrt von der Karl-Marx-Straße nach Rixdorf weitgehend dicht. Bereits in den ersten Tagen verlagerte sich der Autoverkehr in Rixdorf von der Richardstraße zur Donaustraße.

Mieterschutz nicht verbessert

Kein erweiterter Kündigungsschutz bei Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen in Berlin.

Anträge der Fraktion DIE LINKE im Abgeordnetenhaus dazu wurden am 14. November im Bauausschuss mit Stimmen der SPD/CDU-Koalition abgelehnt.

Bereits vor sieben Monaten hatte DIE LINKE im Abgeordnetenhaus vorgeschlagen, in Milieuschutzgebieten soll die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen genehmigungspflichtig werden. Der bestehende, auf sieben Jahre erweiterte Kündigungsschutz in sechs Bezirken soll zudem auf zehn Jahre

in der ganzen Stadt ausgeweitet werden. Angesichts des starken Mieterhöhungs- und Verdrängungsdrucks auf dem Berliner Wohnungsmarkt, sind beide Maßnahmen absolut dringlich. Im Ausschuss haben weder der Senat noch die Koalition begründet, was in der Sache dagegen spricht.